



Die hohe Lebensqualität in der Schweiz (Bild aus Interlaken) sinkt durch die Personenfreizügigkeit. NZZ

Wir sind Europäer, aber mit globaler Zukunft

Wollen wir die Personenfreizügigkeit beenden und die Zuwanderung wieder selber steuern? So lautet die Schlüsselfrage der Begrenzungsinitiative. Gastkommentar von Reiner Eichenberger

Die Schweiz soll ihren Einwohnern grösstmögliche Lebensqualität und Offenheit bieten. Die Personenfreizügigkeit verhindert beides. Die bisherige Diskussion zielt stark auf die Wirkung der Personenfreizügigkeit im Arbeitsmarkt. Doch selbst wenn sie dort positiv wirkt, senkt sie die Lebensqualität in der Schweiz. Denn die Effekte wären nur nachhaltig, wenn alle Produktionsfaktoren zu konstanten Kosten vermehrbare und alle Märkte flexibel wären. Aber das sind sie nicht.

Das wahre Problem sind die Füllungskosten durch das schnelle Bevölkerungswachstum. Dieses bringt Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen etwa für Nahrung und Energie. Ein Beispiel ist die Klimapolitik. Weil die Regierung die CO₂-Reduktionsziele in nationalen Gesamtmengen statt pro Kopf festgelegt hat, macht es die Zuwanderung der Schweiz viel schwieriger und teurer, ihre Reduktionsziele zu erfüllen. Tatsächlich blähen viele Füllungskosten das Bruttoinlandprodukt sogar auf, so die Zubetonierung der Landschaft.

Die Füllungskosten sind dominant. Die hohe Lebensqualität in der Schweiz bringt bei Personenfreizügigkeit so lange hohe Zuwanderung, bis die Füllungskosten die Lebensqualität auf das Niveau der Herkunftsländer der Zuwanderer plus die Wanderungskosten gesenkt haben. Damit schadet die Personenfreizügigkeit den Normalbürgern. Für sie wird es irrelevant, wie attraktiv der Standort Schweiz ist. Das raubt ihnen die Anreize, für gute Politik einzutreten. Gewinner sind einzig die wenigen, die vom Bevölkerungswachstum profitieren.

Infrastrukturausbau, Verdichtung und «grüner Verkehr» lösen die Füllungsprobleme nicht. Beim schnellen Infrastrukturausbau steigen die Kosten überproportional. Zudem dauern Planung, Ausschreibungs- und Rechtsverfahren sowie Bau oft ewig lange. Beim Bau sinken die Kapazitäten oft über viele Jahre. So bringt der Ausbau einer Autobahn auf sechs Spuren viele Jahre massive Verkehrsbehinderungen. Bauliche Verdichtung bringt ebenfalls überproportional steigende Kosten und Immissionen durch Bau und Dichte. Zudem wirkt sie nur begrenzt. Der Ausbau von öV und Veloverkehr bringt der Allgemeinheit ebenfalls überproportional steigende Kosten. Diese Verkehrsträger leben schon heute stark von Subventionen.

Die hohe Lebensqualität der Schweiz beruht stark auf ihren politischen Institutionen. Direkte Demokratie, kleinräumiger Föderalismus und Milizprinzip bringen bürgernahe Politik, Eigenverantwortung und Vertrauen zwischen Bürger und Staat. Die fruchtbare Wirkung der direkten Demokratie dürfte jedoch abnehmen, wenn ein steigender Anteil der Bevölkerung keine demokratischen Rechte hat. Heute beträgt der Ausländeranteil unter den 30- bis 35-Jährigen schon über 40 Prozent und in manchen Kantonen über 50 Prozent.

Mit der hohen Zuwanderung wachsen auch Zahl und Umfang der Aufgaben, die im Milizprinzip durch Schweizer erfüllt werden müssen, etwa wenn infolge Einwohnerwachstums Gemeindeversammlungen durch Parlamente ersetzt werden. Die Rekrutierung von geeigneten Kandidaten wird auch deshalb immer schwieriger. Ähnlich wird es

Die EU schrumpft, und ihr Reformbedarf ist riesig. Wir müssen deshalb einen eigenen liberaleren und nachhaltigeren Weg beschreiten.

für Medien immer unattraktiver, über lokale Politik zu berichten, weil ein wachsender Teil ihrer Nutzer keine politischen Rechte und so nur wenig Interesse an lokaler Politik hat.

Viele fürchten um das ganze Vertragspaket der Bilateralen I. Doch sogar vom Bund in Auftrag gegebene Studien zeigen eindrücklich, dass die verschiedenen Teilverträge der Bilateralen I der Wirtschaft nur wenig nützen. Pro Kopf sind die Effekte praktisch vernachlässigbar: Gemäss Ecoplan (2015) würde bei der Kündigung der Personenfreizügigkeit und der Bilateralen I das Einkommen pro Arbeitskraft bis 2035 nur um 0,7 Prozent weniger wachsen – statt um knapp 10 nur um gut 9 Prozent; diese Ergebnisse beruhen auf sehr Bilateralen-freundlichen Annahmen; etwa, dass die Firmen nach der Vertragskündigung Anpassungsmöglichkeiten – z.B. durch die Gründung von EU-Niederlassungen – nicht nutzen und das hohe Bevölkerungswachstum keinerlei Füllungseffekte verursacht.

Wir sind Europäer, aber mit globaler Zukunft. Die EU schrumpft, und ihr Reformbedarf ist riesig. Wir müssen deshalb einen eigenen liberaleren und nachhaltigeren Weg beschreiten. Dafür brauchen wir zugleich grösste Offenheit bei Handel und Kooperation, aber kluge Begrenzung und Lenkung der Zuwanderung. Wir müssen die EU-Personenfreizügigkeit beenden und die Zuwanderung wieder selber steuern, am besten mit einer Zuwanderungsabgabe: Die Zuwanderung soll möglichst frei von bürokratischen Hürden sein, aber Neuzuwanderer sollen während einiger Jahre eine kleine finanzielle Zusatzabgabe leisten, ähnlich einer Kurtaxe. Damit wäre ihre Steuer- und Abgabenbelastung immer noch weit tiefer als in der EU, aber die Einnahmen gäben den Einheimischen beste Anreize, für Offenheit und gute Politik einzustehen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor von Crema – Center for Economics, Management and the Arts.